

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis Freundes

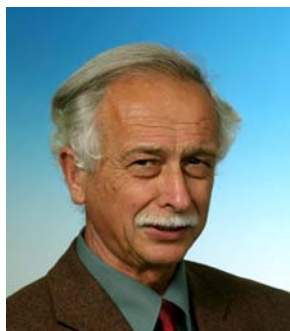
Ausgabe 8

Dezember 2009



Der Freundeskreis wünscht eine ruhige, besinnliche Weihnachtszeit und ein gutes, gesundes neues Jahr.

Für Frankfurt kein Ruhmesblatt



von Josef Ullrich

50 Jahre besteht die Walter-Kolb-Stiftung e.V. Sie wurde zu Ehren des ersten Oberbürgermeisters Walter-Kolb gegründet, der 1956 verstarb. Ziel dieser Stiftung war die Förderung des Zweiten Bildungswegs. 1600 Personen konnten mittels Stipendien im Laufe der Jahre unterstützt werden und Bildungswege einschlagen, die ihnen zunächst

versperrt waren. 90 Prozent schlossen erfolgreich ihr Studium ab. 20 lehrten sogar später als Professoren an Technischen Hochschulen und Universitäten. Bildungswege vom Volksschüler zum Prof. Dr. Ing. waren möglich.

Heute ist diese Einrichtung, die seiner Zeit von uns Sozialdemokraten gegründet wurde, nur noch eine Beratungsstelle für Weiterbildung. Für Stipendien ist kein Geld mehr da. Friedrich F. Sackenheim, einer der damaligen Mitbegründer, empfindet das als einen Skandal.

Inhalt

Für Frankfurt kein Ruhmesblatt Seite 1

Letzte Hoffnung Breuer-Gelände Seite 2

Getrennte Trägerschaft ist der falsche Weg! Seite 2

Der Frankfurter Weg zum Berufsabschluss Seite 4

Thesen zum an die Tore zu nageln Seite 5



Die Jubiläumsfeier fand im Kaisersaal am 18. November 2009 statt. Die Reden, die da gehalten wurden, wurden für meine Begriffe der Stiftung und ihrem Namensgeber nicht gerecht; man hätte sie genau so gut anderswo halten können. Da war nur wenig über die Stif-

tungsarbeit und die Personen in den Anfangsjahren zu hören. Friedrich F. Sackenheim wurde noch nicht einmal in der Begrüßung erwähnt. Normalerweise ist es üblich, dass bei einem solchen Anlass ein Geldpräsident übergeben wird. Doch weder vom Land noch von der Stadt kam etwas. So sieht es nun einmal aus zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wenn davon gesprochen wird, die Bildung müsse gefördert werden.

1959 gehörte ich mit zu den ersten Stipendiaten der Stiftung - für mich als Volksschüler waren die Veranstaltungen des von Ulla Illing geleiteten Seminars für Politik besonders wegweisend. Zum ersten Mal hörte ich etwas von sozialkritischer Literatur wie Emil Zolas „Germinal“. Schwerpunktthema war die unmittelbare Nachkriegsgeschichte. Mit umso größerer Trauer muss ich feststellen, wie die Walter-Kolb-Stiftung heute vernachlässigt wird.

Letzte Hoffnung Breuer-Gelände



von Hubert Schmitt

Auf SPD-Veranstaltung fordern Eltern endlich Klarheit für die IGS-West!

Die Unsicherheit, wie es weitergeht, macht den Familien zu schaffen, deren Kinder die IGS-

West besuchen - das war bei der gut besuchten Veranstaltung der SPD im Saalbau Nied am 18.11. deutlich zu spüren. Die Eltern wollen, dass die Schule endlich einen Standort bekommt, wo sie dauerhaft bleiben kann. Das „Abenteuer“ IGS drohe zum Alptraum zu werden, wenn hier nicht schnell Klarheit geschaffen werde, so die aufgebrachten Eltern. Ihre Geduld ist am Ende, denn zu lange werden sie schon hingehalten.

Die SPD hatte zur Diskussion eingeladen und der Schulleiter der zur Zeit nur provisorisch in Zeilsheim untergebrachten IGS-West, Hans-Peter Müller, machte deutlich, dass der Platz am jetzigen Standort nicht mehr lange ausreicht. Selbst für neue Container sei bald nicht mehr genügend Fläche da. Deshalb setzt er darauf, dass das jüngste Versprechen von Planungsdezernent Schwarz (CDU) eingehalten wird, das Breuergelände in Höchst zu erwerben und dort bis 2012 die IGS-West neu zu bauen.

Ralf Schelhorn vom Stadtelternbeirat unterstrich die Bedeutung einer Gesamtschule als eines Ortes des gemeinsamen Lernens, an dem Kindern mehr Zeit für ihre Entwicklung gegeben werde als in den Gymnasien, wo die Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr (G 8) zusätzlichen Druck erzeugt.

Hubert Schmitt, der sich als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Ortsbeirat 6 ebenfalls für die IGS-West stark macht, erklärte, zur Zeit brauchten jedes Jahr 200 Kinder aus dem Frankfurter Westen einen IGS-Platz, es könnten aber nur 100 aufgenommen werden. Für die SPD gelte, dass der Elternwille berücksichtigt werden müsse und der eklatante Mangel an IGS-Plätzen im Frankfurter Westen den Eltern nicht mehr länger zuzumuten sei. Die Stadtregierung aus CDU und Grünen habe am Riedberg in diesem Jahr sehr schnell auf den dortigen Elternwillen reagiert. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Entscheidung für den Neubau eines Gymnasiums getroffen, das jetzt bereits entsteht. Warum, so Schmitt, klappt das nicht bei einer IGS im Westen?

Einig war man sich am Ende, dass man jetzt den Planungsdezernent beim Wort nehmen müsse, damit auf dem Breuergelände wie versprochen bis 2012 die IGS-West entsteht. Gleichzeitig sei aber auch die Eduard-Spranger-Schule in Sossenheim nach ihrem Willen zur IGS umzuwandeln. „Damit würden genügend IGS-Plätze im Frankfurter Westen zur Verfügung stehen“, so Hubert Schmitt.

Getrennte Trägerschaft ist der falsche Weg!

Position zur SGBII-Strukturreform

von Roger Podstatny



Mit einem Offenen Brief wendet sich der Betriebsrat der Rhein-Main Jobcenter GmbH an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition sowie die Generalsekretäre der Regierungsparteien und bezieht sich auf die im Koalitionsvertrag skizzierte Reform zum SGB II.

Der Offene Brief wird hier im Wortlaut dokumentiert:

Frankfurt am Main, 28. Oktober 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem von Ihnen vorgelegten Koalitionsentwurf haben wir mit Entsetzen entnehmen müssen, dass Sie für die SGB II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitssuchende) eine getrennte Aufgabenwahrnehmung von Bundesagentur für Arbeit und der jeweiligen Kommune vorgesehen haben.

Dies ist für uns als Beschäftigte in den Jobcentern ein Schlag ins Gesicht. Seit 2005 haben wir unter enormen Arbeitsbelastungen dafür Sorge getragen, dass die gesetzlichen Vorgaben umgesetzt wurden und den Hilfesuchenden "Hilfe aus einer Hand" angeboten wird. Ein Prinzip, das sich allen Widrigkeiten zum Trotz als positiv erwiesen hat. Die Mitarbeiter/innen in den Jobcentern haben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gewährleistet, dass der Soziale Frieden in der Balance blieb und den Hilfesuchenden Perspektiven angeboten wurden. Mit der nun bevorstehenden Auflösung der Jobcenter wird unsere bisher geleistete Arbeit und unser tagtägliches Einsatz ad absurdum

geführt. Mit einer getrennten Aufgabenwahrnehmung lässt sich die Hilfestellung aus einer Hand nicht mehr aufrechterhalten. Wir befürchten, dass damit für die Leistungsbezieher auch die Trennung der Prinzipien des Förderns und Forderns vorgenommen wird.

Als Mitarbeiter/innen in den Jobcentern haben wir die Aufgabe, die Vermittlungshemmnisse unserer Kunden zu analysieren und auf Basis der individuellen Gesamtlage eine einheitliche Hilfeplanung zu entwickeln. Zu den Vermittlungshemmnissen zählen nicht nur fehlende Qualifikationen, sondern auch familiäre, finanzielle, sprachliche, gesundheitliche und/oder soziale Probleme, insofern ist hier die Vernetzung arbeitsmarktlicher und sozialer, also kommunaler Dienstleistungen relevant. Es scheint jedoch, dass dies zukünftig keine Rolle mehr spielen soll.

Wir befürchten, dass mit der getrennten Trägerschaft eine deutliche Verschlechterung der Hilfsangebote einhergeht und dass Maßnahmenplanungen sich dabei noch weniger an den betroffenen Menschen orientieren, sondern noch mehr an der Erfüllung von Statistiken. Wir wollen uns nicht mit Verwaltung und Bürokratie beschäftigen; wir wollen vielmehr dazu beitragen, dass Hilfesuchende Chancen und Perspektiven erhalten und diese nutzen können, um auf dem Arbeitsmarkt eine Zukunft zu haben. Es wäre für alle Beteiligten sinnvoller in die Betreuung der Leistungsbezieher zu investieren statt in deren Verwaltung.

Mit Ihrer Entscheidung stehen bundesweit ca. 56.000 Beschäftigte vor einer ungewissen beruflichen Zukunft. Es ist abzusehen, dass dies zu einer weiteren Personalfuktuation führen wird. Ein steigendes Verwaltungschaos innerhalb der Jobcenter ist zu befürchten. Und die Mitarbeiter, die sich 2005 bereitwillig für den Aufbau der Jobcenter eingesetzt haben, werden für die Rückabwicklung weit weniger Enthusiasmus aufbringen. Unter den Mitarbeitern besteht weitgehend Konsens, dass die Einrichtung der Jobcenter ein Schritt in die richtige Richtung war.

Für die betroffenen Leistungsbezieher bedeutet eine getrennte Aufgabenwahrnehmung, dass sie künftig zwischen zwei Behörden stehen, mit zwei unterschiedlichen Bescheiden rechnen müssen und in beiden Behörden unterschiedliche Ansprechpartner haben. Dies widerspricht der Idee – so wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – eine „bürgerfreundliche Verwaltung, die unnötige Doppelarbeit vermeidet“, aufzubauen. Besonders in Zeiten leerer öffentlicher Kassen ist eine Optimierung von Verwaltungsabläufen – wie an anderen Stellen des Koalitionsvertrages postuliert – unabdingbar.

Für die Kommunen bedeutet die getrennte Trägerschaft, dass sie nur noch zahlen dürfen, ohne Einfluss auf die Maßnahmen der Förderung und Entwicklung ihrer Bürger nehmen zu können – dies läge allein in den Händen der Agentur für Arbeit. Die Erfahrungen aus fast fünf Jahren Jobcenter zeigen, dass die starren Strukturen der Agentur nicht geeignet sind, um auf komplexe Problemlagen der Hilfebedürftigen einzugehen.

Daher appellieren wir heute an Sie als die verantwortlichen Politiker/innen der neuen Regierungskoalition: **Nehmen Sie Abstand von einem Modell der getrennten Trägerschaft!** Dies ist der falsche Weg bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen. Bisher gab es, über die Parteigrenzen hinweg, die erkennbare Einstellung, dass sich das Prinzip "Hilfe aus einer Hand" als sinnvoll und richtig erwiesen hat. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen ist es notwendig, dass den rund 6,7 Mio. Leistungsbezieher geholfen wird und dass Hilfsangebote nicht in einer unnötigen Bürokratie zerrieben werden.

Wir hoffen, dass wir Sie für unsere Bedenken sensibilisiert haben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Bernd Guß
(BetriebsratsvorsitzenderRMJ)

Der Frankfurter Weg zum Berufsabschluss

Eine Berufsausbildung wendet sich an 25- bis 45-jährige ALG II-Empfänger



Die Werkstatt Frankfurt gibt arbeitslosen Menschen die Chance, einen Berufsabschluss nachzuholen. Das Besondere an diesem Angebot ist das Alter der Betroffenen. Bisher wurden von der Arbeitsverwaltung arbeitslose Menschen nur bis zum 25. Lebensjahr gefördert. Der „Frankfurter Weg zum Berufsabschluss“ bietet aber Arbeitslosen im Alter von 25 bis 45 Jahren die Chance zur Qualifizierung. Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich möchte nur am Rande erwähnen, dass bei der Einführung im Jahre 2006 unser Genosse Franz Frey noch Sozialdezernent und Vorsitzender der Werkstatt Frankfurt war.

„Der Frankfurter Weg zum Berufsabschluss“ gliedert sich in 3 Stufen von jeweils 12 Monaten. Das bedeutet, dass die Teilnehmer/innen bereits nach der Stufe 1 eine Stufenabschlussprüfung ablegen können. Je nach persönlichen Entwicklungsfortschritten entscheiden die Betroffenen selbst, ob sie weitermachen oder nach der 1. bzw. 2. Stufe – diese entspricht dem Niveau einer Zwischenprüfung für Auszubildende – aufhören, oder bis zum Abschluss durchhalten. Die Qualifizierungsabschlüsse erfolgen durch die Industrie- und Handelskammer Frankfurt oder der Handwerkskammer Rhein-Main.

Das Modell des Frankfurter Weges zum Berufsabschluss funktioniert, beweist ein Blick auf die erreichten Abschlüsse: Im Februar 2006 haben die ersten Teilnehmer/innen die Qualifizierung begonnen und

2008 und 2009 die ersten an den Kammerprüfungen teilgenommen.

Von 66 Prüfungsteilnehmenden haben 56 die Abschlussprüfung in folgenden Berufen erfolgreich bestanden: Informationselektroniker/in, Gärtner/in im Gemüsebau, Berufskraftfahrer/in, Bürokaufmann/-frau, Gärtner/in im Garten- und Landschaftsbau, Trockenbaumonteur/in, Maler/in, Modenäher/in, Koch/Köchin, Restaurantfachfrau/-mann, Verkäufer/in, Einzelhandelskauffrau/-mann, Fachlagerist/in, Fachkraft Lager/Logistik, Gebäudereiniger/in. (Quelle: Information Werkstatt Frankfurt, „Frankfurter Weg zum Berufsabschluss“).

Weitere Informationen erhaltet Ihr im Internet unter: www.geh-den-frankfurter-weg.de

Die Werkstatt Frankfurt ist eine wichtige Einrichtung im Interesse arbeitsloser Menschen. Sie leistet eine gute Arbeit für die Betroffenen. Hiervon konnte ich mich in meiner Tätigkeit im Vorstand der Werkstatt immer wieder überzeugen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, was mir Sorgen bereitet ist die Tatsache, dass ich der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung alles vertraue, aber nichts GUTES. Alle Arbeitsförderprogramme stehen nach meiner Auffassung auf der Kippe, wenn diese Regierung keinen zufriedenstellenden Weg findet, die Aufgaben der Arbeitsverwaltung in Zusammenarbeit mit den Kommunen neu zu ordnen (Bundesverfassungsgerichtsurteil). Das könnte auch das AUS für den Frankfurter Weg bedeuten.

Wenn ich nun stattdessen das Theater in Berlin sehe: Wie sich die FDP zum Anwalt der „kleinen Leute“ aufspielt und dabei mit Halbwahrheiten Volksverdummung betreibt. Hierzu nur zwei Beispiele:

Das so genannte Schonvermögen bei den ALG II-Empfängern will die FDP erhöhen. Richtig, so sagen viele (ich auch) Bundesbürger/innen nach einer Umfrage. Was aber die wenigsten wissen ist die Tatsache, dass es insbesondere die FDP war, die bei der Einführung des neuen

Gesetzes zu ALG II (besser bekannt als Harz IV) durch die damalige SPD/ Grüne-Bundesregierung im Bundesrat ein höheres Schonvermögen verhinderte.

Die Erhöhung des Kindergeldes um 20 € kommt nicht den Kindern zu Gute, deren Eltern Harz IV beziehen. Diese etwa 1,8 Millionen Kinder fallen wieder durch den Rost, da es für sie keine Erhöhung gibt. Wie bekannt, wird das Kindergeld hier verrechnet, oder wie ich gern sage, abgezogen, was im Beamtendeutsch natürlich nicht korrekt ist. So sieht also die Sozialpolitik der neuen Regierung aus. Umso mehr müssen wir auf kommunaler Ebene für den Erhalt guter Einrichtungen und Programme wie der Werkstatt Frankfurt kämpfen.

Thesen zum an die Tore nageln *(Luther-Thesen als Vorbild)*



Ein Diskussionsbeitrag von Lutz Könings in 26 Thesen:

- Kompetenzen nutzen,
- Wärme und Service ausstrahlen,
- Betrachtungen von außen zur Kenntnis nehmen,
- kommunale Orientierung finden,
- Einladungen zu Fraktionssitzungen an Alle,
- Selbstbewusstsein fördern,
- Wählerwanderungen – Menschen zurückholen aus allen Richtungen,
- Neu-Mitglieder können sich nicht einbringen,
- Vergabepolitik der öffentlichen Hand nicht okay,

- Beschränkungen durch Arbeitskultur und Arbeitsstruktur in der SPD,
- Redebeitrags-Kultur >> Zeitschiene,
- für welche Themen steht die SPD >> Bild nach draußen,
- Spruch für jeweilige Zielgruppe erarbeiten,
- aus der SPD-Existenzkrise durch neue Glaubwürdigkeit,
- Verantwortlichkeit liegt bei Allen durch:
 - Duckmäusertum,
 - wer ist aufgestanden gegen??
 - Parteiführung macht was sie will mit uns,
 - wofür steht/kämpft die Ffm-Partei?
 - Fraktion tut was?
 - wo ist die Fraktion?
 - Demut üben,
- SPD-Ffm Schulungen durchführen, Themen?
- strukturelle Themen lösen:
 - Ortsvereine,
 - moderne Medien ungenutzt,
 - moderne Kommunikation,
- wie Stimmabgabe? >> im Original oder anonym,
- wenige Personen lassen keinen anderen rein,

- inhaltliche Themen verändern:
 - die Bandbreite der Themen macht profillos,
 - welche drei Gründe für das Sein in der SPD für jeden? – spontan benennen,
- SPD-Personal verantwortlich für das Ergebnis,
- Parteimanagement unfähig,
- Image-Veränderung nicht in einem Jahr,
- inhaltliche und faire Diskussion notwendig,
- wofür stehen wir?!
- welche Ängste sind im Volk?
in der Nachbarschaft
in der Welt

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

„Wie kann die SPD in Frankfurt wieder Wahlen gewinnen?“

Dieses Thema diskutieren wir mit

Eckart Hohmann,

Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes

am Mittwoch, dem 10. Februar 2010 um ca. 20:00 Uhr

nach der Sitzung der Stadtverordnetenfraktion

im SPD-Fraktionensitzungssaal

Haus Silberberg, Römer, 60311 Frankfurt

Wir sind ein offener Kreis, deshalb sind alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei unseren Treffen herzlich willkommen. Diese Einladung kann gerne weitergegeben werden.